

Betreff: Rauchverbot auf Spielplätzen/  
rasche Klärung der Verantwortlichkeit und  
Setzung weiterer Maßnahmen



A-8010 Graz-Rathaus  
Telefon: (0316) 872-2120  
Fax: (0316) 872-2129  
email: [spoe.klub@stadt.graz.at](mailto:spoe.klub@stadt.graz.at)  
[www.graz.spoe.at](http://www.graz.spoe.at)  
DVR: 0828157

## **DRINGLICHER ANTRAG**

eingebraucht von Herrn Gemeinderat Michael Ehmann  
in der Sitzung des Gemeinderates  
vom 11. April 2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Wunsch nach einem Rauchverbot auf Spielplätzen ist ein Thema, das uns schon seit Jahren beschäftigt – nicht ohne Grund: Ein solches Rauchverbot ist nicht nur ein dringender Wunsch vieler Eltern, die schlicht und einfach unter anderem aus gesundheitlich-hygienischen Gründen der Tschikstummel wegen aber auch wegen Vorbildfunktion ein solches für Spielplätze einfordern, auch der Grazer Kindergemeinderat hat sich schon mehrmals mit diesem dringenden Wunsch an die Politik gewandt. Nicht zuletzt deshalb hatte unter anderem bereits im Juni 2014 SPÖ-Gemeinderätin Alexandra Marak-Fischer in einem Dringlichkeitsantrag, der im Übrigen einstimmig angenommen wurde, die Überprüfung der Einführung eines solches Rauchverbotes eingefordert. Eine ähnliche Initiative folgte 2017 durch die nunmehrige VP-Nationalratsabgeordnete und damalige Gemeinderätin Martina Kaufmann.

Das ernüchternde Ergebnis: Leider wäre die Stadt, so lautete nach langwierigen Prüfungen die Conclusio, rechtlich gar nicht in der Lage, auf Spielplätzen ein Rauchverbot zu verhängen. Öffentliches Gut, zu denen eben die Spielplätze zählen, sei nämlich grundsätzlich von jedem Bürger nutzbar, jede Nutzungseinschränkung wie etwa ein Rauchverbot stelle einen Eingriff in den „Gemeingebrauch“ dar. Es bedürfe einer Gesetzesänderung auf Bundesebene. Worauf Bürgermeister Nagl erfreulicherweise ankündigte, sich für eine solche gesetzliche Änderung bei der Bundesregierung stark machen zu wollen.

Umso mysteriöser jetzt der aktuelle Stand der Dinge: Ein entsprechender Vorstoß von SP-NAbg. Karin Greiner im Parlament für ein österreichweites allgemeines Rauchverbot auf Spielplätzen wurde nun von ÖVP und FPÖ auf Bundesebene abgeschmettert. Der Grund: Derartiges sei gar nicht notwendig, dafür seien ohnehin Städte und Gemeinden zuständig, befanden Bundesregierung und Parlamentsmehrheit. Die könnten das ohnedies tun.

Dieses Ping-Pong betreffend die Verantwortlichkeit, in wessen Kompetenz nun tatsächlich ein Rauchverbot auf Spielplätzen fällt, ist kein Spiel mehr – das ist bedenklich, um nicht zu sagen unverantwortlich und bedarf einer dringenden Klärung: Darf die Stadt wirklich – dann sollte sie es nämlich endlich tun. Und darf die Stadt nicht, weil die gesetzliche Vorgabe durch den Bund fehlt – dann soll-

ten Bundesregierung und Parlamentsmehrheit Farbe bekennen und endlich die gesetzlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ein Rauchverbot auf Spielplätzen erlassen werden kann – oder sich dazu bekennen, dass ihnen egal ist, ob Spielplätze verqualmt werden oder nicht.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

- a) Generationenstadtrat Kurt Hohensinner wird ersucht, umgehend mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung zu klären, aufgrund welcher gesetzlicher Bestimmungen Städte und Gemeinden – entgegen ursprünglichen Aussagen – nunmehr angeblich doch ein allgemeines Rauchverbot auf öffentlichen Spielplätzen verordnen können und in weiterer Folge die erforderlichen Schritte einzuleiten, ein solches Rauchverbot für öffentliche Spielplätze in Graz zu verordnen. Dem Gemeinderat ist bis zur nächsten Sitzung im Mai 2019 ein entsprechender Bericht über die Kompetenzklärung und die weitere Vorgehensweise vorzulegen.
- b) Für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass die Aussage der Bundesebene, die Verordnung eines allgemeinen Rauchverbotes auf Spielplätzen läge in der Zuständigkeit der Städte und Gemeinden, unrichtig ist, werden Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Generationenstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, über den Städtebund eine entsprechende Klarstellung gegenüber der Bundesregierung anzuregen und diese auffordern zu lassen, dringendst entsprechende gesetzliche Grundlagen zu schaffen, dass Städte und Gemeinden tatsächlich ein Rauchverbot auf Spielplätzen erlassen können. Auch darüber ist dem Gemeinderat bis zur nächsten Sitzung ein Bericht vorzulegen.